



Interviews

22. Juni 2023

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Nina Scheer

Schmidt-Mattern: Es habe sich zu Ende geruckelt, das hat der Bundeskanzler vergangene Woche erklärt. Da haben sich die Ampelpartner auf einen Kompromiss geeinigt zum klimagerechten Einbauen neuer Heizungen, spätestens ab dem Jahr 2028. Viele Fragen und Details bleiben aber weiter offen. Zum Beispiel, wer bei der Umrüstung seiner Heizungen wie finanziell unterstützt wird vom Staat. Gestern, am Mittwoch gab es dazu eine Expertenanhörung zum Gebäudeenergiegesetz im Bundestag. Das hat aber auch keine wesentliche Klärung gebracht. Vielleicht gelingt uns das mit Nina Scheer, Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Sie ist jetzt am Telefon, guten Morgen, Frau Scheer.

Scheer: Guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

Schmidt-Mattern: Bisher entsteht der Eindruck, dass beim Ringen um Heizungen und mehr Klimaschutz eigentlich Grün-Gelb in Berlin regiert und nicht eine Ampel. Wie viel SPD steckt im geplanten Heizungsgesetz?

Scheer: Also, das muss ich zurückweisen, dass man da diese Gewichtungen vornehmen kann, sondern ich denke, wir haben zu dritt, alle drei Ampelfraktionen und -Parteien, identifiziert, dass mit der Vorlage, die das parlamentarische Verfahren eigentlich erreichen sollte, alleine mit dem Kabinettsbeschluss, alle drei nicht zufrieden waren und deswegen hat man sich ja auf die sogenannten Leitplanken verständigt, die eben eine Veränderung dieses Kabinettsbeschlusses im parlamentarischen Verfahren im etwas umfangreicheren Maß vorsehen, als man das zunächst erwartet hatte.

Schmidt-Mattern: Dann kommen wir doch auf die Punkte, wo sich eine SPD-Handschrift erkennen ließe, wie Sie sagen. Also, beispielsweise beim Thema Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger, die vor einer teuren Neuanschaffung einer Heizung stehen. Können Sie uns da mitteilen, wie diese Entlastungen aussehen?

Scheer: Also, wir haben als SPD schon sehr früh klargestellt, dass wir ... also, aus der Fraktion heraus ist das unmissverständlich zu verstehen gegeben worden, dass wir eine Ermöglichung der Wärmewende in den Mittelpunkt stellen wollen. Das bedeutet natürlich, dass wir auch diese Verzahnung mit der kommunalen Wärmeplanung unbedingt brauchen, weil das ansonsten genau diese Bereiche gar nicht rechtzeitig abdeckt und absehbar abdeckt für die Menschen, was eben von kommunaler Seite vorab zu leisten ist. Das ist jetzt mit den Leitplanken erfüllt. Wir haben ebenfalls immer in den Mittelpunkt gestellt, dass wir eben keine Überforderung der Menschen wollen, was an verschiedenen Stellen des Gesetzes nicht gänzlich ausgeschlossen war. Nicht nur in Verbindung mit den noch zu einenden Förderprogrammen, die jetzt ja noch in der Koalition auch noch weiter verständigt werden, darüber lässt sich auch – die Verhandlungen laufen noch zurzeit – nichts Genaues sagen. Das gehört sich auch nicht, in die Verhandlungen hineinzufunken, sage ich mal. Insofern, das ist noch ein Bereich, der auch noch geeint werden muss. Aber es ist eben nicht nur der Förderbereich, sondern auch die Ausgestaltung des Gesetzes, die eben dafür verantwortlich ist, wie dann letztendlich eine gerechte Wärmewende aussieht. Das betrifft den Mieterschutz, es betrifft aber auch die Verpflichtungsstruktur, die jetzt auch laut Leitplanken angepasst wird.

Schmidt-Mattern: Gut, Sie können den Verhandlungen um die Förderung der Heizungen, um die finanzielle Unterstützung, wollen Sie nicht vorgreifen, auch, wenn das Ganze jetzt seit Wochen und Monaten ja diskutiert wird. Können Sie uns denn sagen, woran es hakt, warum es so schwierig ist?

Scheer: Na, es ist ja schon ein dicker Knoten durchschlagen worden, indem die Leitplanken verständigt wurden. Und man kann sagen, gut, wir hätten es etwas früher lieber im Parlament gehabt, aber es hat auch einen Mehrwert, wenn man eine so umfangreiche Verständigung, wie mit diesen Leitplanken – auch, wenn es nur ein Zweiseitenpapier ist, aber es gibt ja doch irgendwie, wie der Name Leitplanken schon sagt, schon auch so grundlegende Ausrichtungen vor, wenn das eben auch schon mal vor dem Eintritt ins parlamentarische Verfahren dann auch allen klar ist. Denn teilweise sind ja auch umfangreiche Änderungen in einem parlamentarischen Verfahren, von denen man dann erst mit Verabschiedung des Gesetzes erfährt. Ja? Das ist jetzt schon vor den Doppelpunkt gezogen erkennbar. Das konnte auch schon Gegenstand der gestern durchgeführten Anhörung sein. Das ist ja auch den Expertinnen und Experten bekannt gewesen, was da jetzt vor den Doppelpunkt gezogen ist.

Und noch mal bezüglich dieser Ermöglichung und der gerechten Ausgestaltung. Es ist natürlich schon auch die Frage, wie man zum Beispiel an dieser 80-Jahres-Regelung, die der Kabinettsbeschluss vorsieht, dass das sehr viel Unmut erzeugt hat, weil es auch Verunsicherung in die Welt gesetzt hat. Das wollen wir korrigieren. Das ist auch mit den Leitplanken formuliert und ebenso Mieterinnen und Mieter nicht allein-zulassen. Auch da darf niemand überfordert werden. Und zu der Ungenauigkeit, vielleicht darf ich das noch anfügen, weil sie gesagt haben, das ist ... wir haben lange darüber diskutiert, ja. Wir haben aber ja schon die Verständigung, dass niemand überfordert werden darf. Wie das nun genau ausgestaltet wird, mit wie viel Finanzvolumen, das ist noch Gegenstand.

Schmidt-Mattern: Ja, gut, aber mit der Versicherung beseitigen Sie nicht die Unsicherheit, die inzwischen herrscht. Die SPD hat bereits starke Verluste in den Umfragen. Zwischendurch lag die AfD gleichauf mit Ihnen. Sehen Sie da einen Zusammenhang zur Heizungsdebatte, weil diese sozialen Ängste eben so groß sind und das Protestparteien nützt?

Scheer: Es hat bestimmt Verunsicherung gegeben. Das habe ich selber auch erlebt. Wir hatten ja auch einen Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein und Kommunalwahl. Und da an den Wahlkampfständen ist das ganz deutlich zu spüren gewesen. Aber nicht nur da, auch durch die Zuschriften und es gibt sehr viel Verunsicherung. Und deswegen haben wir ja auch so darauf gedrungen, dass das Gesetz nun vor der Sommerpause verabschiedet werden muss, damit möglichst schnell Rechtsklarheit ist. Wenn es sich weiter hinzieht, was denn nun die Menschen erwartet, und ja auch dieser Stichtag 01.01.2024 immer schon in der Welt war und dann muss man auch zum 01.01.2024 rechtzeitig und nicht erst dann wissen, was passiert. Und genau diese Rechtsklarheit wollen wir ja nun herstellen. Und deswegen ist es so wichtig, jetzt auch das zu Ende zu führen, dieses Gesetzgebungsverfahren. Es ist aber wirklich wichtig, das möchte ich schon noch mal betonen, dass wir keine Umfragen-Politik machen. Ja? Also, die Notwendigkeiten, die wir jetzt hier im parlamentarischen Verfahren an Änderungen sehen und auch einbringen wollen, das ist sachbezogen, das hat jetzt nichts mit Umfragen zu tun, aber es ist Verunsicherung da, der wir begegnen müssen.

Schmidt-Mattern: Der Punkt ist angekommen, Frau Scheer. Ich versuche es noch einmal anders, nämlich vielleicht mit einem konstruktiven Vorschlag Ihrerseits. Was

könnten Sie sich denn als Energie- und Klimaexpertin vorstellen, wie sich diese soziale Förderung, diese Unterstützung für Menschen, die eine neue Heizung kaufen müssen und die das finanziell beunruhigt, aus welchem Topf, wie sich das gewährleisten ließe? Da müssen Sie doch Ideen haben als SPD-Abgeordnete.

Scheer: Das ist immer so die Sache. Natürlich hat man eine Menge Ideen.

Schmidt-Mattern: Dann nennen Sie uns eine.

Scheer: Nein, es ist immer die Frage, wenn man eins rauspickt, dann ist es, wenn es dann eine andere Idee wird, die genauso gut ist, dann heißt es, da hat sich jemand nicht durchgesetzt. Und das ist genau das Verhetzungspotenzial, was in der Hochphase von solchen Verhandlungen nicht reingestreut werden sollte. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man etwas aufstellen kann. Es gibt auch den Wirtschaftsstabilisierungsfonds. Es gibt den KTF. Es gibt verschiedene Bereiche, aus denen man das bereitstellen kann.

Schmidt-Mattern: KTF ist der Klima- und Transformationsfonds, genau.

Scheer: Ja, aus dem ja auch jetzt schon die Sachen bezahlt werden. Aber es ist eben auch wichtig, dass da immer genügend Geld da ist. Und da sitzen ja auch jetzt gerade die Kolleginnen und Kollegen zusammen und überlegen sich die Mechanismen, auch zur gerechten Ausgestaltung. Letztendlich ist klar, dass Hauseigentümer, Wohnungseigentümer immer mit gewissen Investitionen rechnen müssen. Sie müssen immer damit rechnen, dass eine Heizung ausfällt. Das sind quasi so zumutbare Eigenleistungen.

Schmidt-Mattern: Steht die FDP da auf der Bremse, bei all diesen Überlegungen? Sie stellt den Bundesfinanzminister.

Scheer: Ich kann zurzeit nicht erkennen, dass jemand auf der Bremse sitzt, sondern dass alle konstruktiv daran arbeiten, daraus ein gutes und auch zur Sommerpause

zu verabschiedendes Verfahren zu bringen. Das kann ich wirklich auch aus den Gesprächen herausnehmen. Und ich denke, da fühlt sich auch niemand irgendwo reingefunkt in die Verhandlungen, wenn man das konstatiert. Aber alles Weitere, was die Ausgestaltung, die einzelnen Ausgestaltungen angeht, das ist jetzt wirklich am Verhandlungstisch zu lösen. Letztendlich muss es gelingen, dass wir tatsächlich die Gesellschaft in die Lage dazu versetzen, diese Wärmewende auch umsetzen zu können. Das ist die ganze Zeit über ein ganz wichtiger Tenor und eine ganz wichtige Leitplanke in dem Verfahren gewesen. Und das ist uns streckenweise in der öffentlichen Diskussion und angesichts gewisser Vorschläge verlorengegangen, aber das wird eben jetzt gerade aufgearbeitet. Und die Leitplanken bieten da wirklich eine gute Grundlage.

Schmidt-Mattern: Blicken wir auf das Klimaschutzgesetz, das das Bundeskabinett gestern oder die Novelle beschlossen hat. Bisher musste jeder Sektor da ein Sofortprogramm vorlegen, wenn Klimaziele gerissen wurden, also Sektoren, das heißt dann immer der Energie-, Industrie- oder Verkehrsbereich. Und jetzt muss die Bundesregierung, so ist es geplant, in Zukunft als Ganzes gegensteuern und das auch erst spätestens nach zwei Jahren, wenn der Treibhausgasausstoß in zwei aufeinanderfolgenden Jahren zu hoch war. Da werden also Verantwortlichkeiten geteilt. Die Kritikerinnen und Kritiker sagen, die werden aufgeweicht. Was sagen Sie, Frau Scheer, wie soll die Einhaltung der Klimaziele denn so gelingen?

Scheer: Also, man muss den Kritikerinnen und Kritikern dahingehend natürlich beibringen, dass wir zurzeit nicht dort stehen, wo wir stehen müssten. Das ist zweifelsohne der Fall, dass die Klimaziele immer schwerer werden zu erreichen. Und es muss uns auch klar sein: Wenn die Klimaziele nicht erreicht werden und die Dinge, die mit den Klimazielen und deren Erreichen verbunden sind, nämlich, dass wir den Umstieg auf Erneuerbare Energien schnellstmöglich hinbekommen, wenn uns das nicht gelingt, dann wird es für alle teurer. Dann wird es unberechenbar, gerade, was den Energiebereich angeht wird es unberechenbar, wie überhaupt noch Energie finanzierbar sein soll. Das tangiert ja eben auch die gerade diskutierte Wärmewende. Deswegen muss es wirklich uns schnellstmöglich gelingen. Allerdings muss man bei der Kritik an den Änderungen doch noch mal kurz innehalten und sich überlegen: An welcher Stelle ist die Kritik jetzt überschießend, ja, und wirklich noch angebracht? Denn wir haben ja gerade, wenn wir feststellen, dass wir die Ziele bisher nicht erreichen konnten, dass wir da auch vielleicht Fehlstellungen haben im System, auch immer als Politik den Auftrag zu gucken: Wo sind denn die Fehlerquellen? Es reicht ja

nicht, einfach nur zu sagen, wo wir stehen, ist schlecht, sondern es muss ja schon geguckt werden ...

Schmidt-Mattern: Und die Fehler ... ja.

Scheer: Genau, die Fehler identifizieren.

Schmidt-Mattern: Uns läuft ein bisschen die Zeit weg, Frau Scheer. Die Fehlerquellen sind ja bekannt. Europarechtlich ist Deutschland zur CO₂-Einsparung auch verpflichtet, sonst drohen Strafzahlungen an Brüssel. Es wird also dann noch teurer für die Bürgerinnen und Bürger, wenn sie die Klimaziele nicht einhalten, weil die Kontrollen jetzt nicht mehr so scharf sind.

Scheer: Es ist jetzt wichtig, dass man die Fehlerquellen beseitigt. Und insofern möchte ich den Blick schon auch noch mal auch auf dieses Element richten, dass zum einen natürlich die Klimaziele nicht verwässert werden. Also, wir haben die Einsparverpflichtungen in der Gesamtschau, die bleiben unangetastet. Die sind nach wie vor da. Deswegen ist der Vorwurf, dass es dahingehend eine Verwässerung sei, einfach falsch. Den muss man zurückweisen. Es ist aber eben in der Betrachtung eine Veränderung. Also, dass man eben eher zukunftsgerichtet mit Prognosen arbeitet und nicht so sehr rückblickend. Also, dass man sagt, wie werden diese Maßnahmen, die jetzt schon beschlossen sind, welche Prognose hat man mit denen, die Ziele zu erreichen? Und das kann auch Vorteile haben, weil eine immerwährende kurzfristige Nachsteuerung mit kleineren Maßnahmen vielleicht auch mehr Unruhe in manchen Fällen bringen kann, als wenn man in die Zukunft gerichtet schaut, was bringt das, was wir jetzt auch schon beschlossen haben und dann eben nachsteuert und auch sektorübergreifend nachsteuert. Es darf niemand aus der Verantwortung entlassen werden. Das muss klar sein.

Schmidt-Mattern: Und genau da setzen die Kritiker ja an, Frau Scheer. Da ist jetzt sogar die Rede von einer „Lex Wissing“, denn in den vergangenen beiden Jahren wurden in den Bereichen Verkehr und auch Gebäude die Klimaziele verfehlt, also im Portfolio des Bundesverkehrsministers von der FDP, Volker Wissing. Im Verkehr sind

die Emissionen im letzten Jahr sogar gestiegen. Woher nehmen Sie da die Zuversicht, dass jetzt durch eine Gesamtverantwortlichkeit, dem gesamten Kabinett, diese Defizite im Verkehrsbereich aufgelöst werden können?

Scheer: Indem tatsächlich diese Gesamtverantwortung, die wir haben, auch so verstanden wird, dass sich keiner aus der Verantwortung entlässt. Und das ist eben auch genau der Gegenstand der Einigung. Es ist nach wie vor so, dass in jedem Sektor Einsparungen zu erbringen sind. Das Einzige, was sich ändert, ist eben für den Fall, dass sich abzeichnet, dass dies nicht erreichbar ist, dass man dann keine Ausflüchte hat im Sinne von „dann reicht es eben nicht“, sondern dann muss man eben in Gesamtverantwortung dennoch klarkommen.

Schmidt-Mattern: Volker Wissing sagt, Klimaschutz muss wieder eine stärker gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Ist nicht genau das eine Ausflucht, die Sie eben nicht haben wollen, wie Sie gerade sagen?

Scheer: Es kommt darauf an, was daraus für Konsequenzen geschlussfolgert werden.

Schmidt-Mattern: Was heißt das denn – gesamtgesellschaftlich?

Scheer: Ich würde das so verstehen, gesamtgesellschaftlich, dass natürlich die Bundesregierung jetzt nicht auf andere Akteure verweisen kann, ja. Ich würde das jetzt erst mal so interpretieren, dass damit gemeint ist, dass wir, wenn es absehbar zu einer Zielverfehlung kommt, dass man dann eben, alle Sektoren gemeinsam versuchen muss, das aufzufangen. Das heißt aber nicht – und so ist es auch nicht im Klimaschutzgesetz hinterlegt, in dem Entwurf, wir müssen ja auch das noch durchs parlamentarische Verfahren bringen, dass eben dieser Sektor, der dann verantwortlich ist oder hauptverantwortlich ist dafür, dass der dann nicht entsprechend das zu leisten hätte. Natürlich steht er in der Hauptverantwortung. Aber es ist auch ein Zeichen von Gesamtverantwortung – und so verstehe ich Herrn Wissing an der Stelle auch – dass man nicht einfach nur auf diesen Sektor verweisen kann und sagen kann, Pech gehabt. Sondern nein, wir müssen es insgesamt hinbekommen.

Schmidt-Mattern: Damit müssen wir zum Ende kommen. Es tut mir leid, dass ich Ihnen ins Wort fallen muss. Nina Scheer, klima- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Danke, dass Sie sich heute Morgen im Deutschlandfunk die Zeit für uns genommen haben.

Scheer: Ich danke Ihnen auch.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.